

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*PD Dr. Heribert Dieter*

Die künftige Rolle des Internationalen Währungsfonds

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des  
Finanzausschusses des Deutschen Bundestags am 17.12.2008

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Dezember 2008  
Berlin

## **1. Die Reform der internationalen Finanzarchitektur nach der Krise**

### **1.1 Die künftige Rolle des Internationalen Währungsfonds**

Die gegenwärtige Krise macht deutlich, dass es der Weltwirtschaft an einer glaubwürdigen und ausreichend legitimierten Institution mangelt, die in der Krise ökonomischen Rat und Krisenmanagement im engeren Sinn bereitstellt. In ihrer gegenwärtigen Verfassung ist keine der existierenden Institutionen in der Lage, in einem neuen Regime von »global financial governance« diese Rolle zu übernehmen.

Auf den ersten Blick ist der Internationale Währungsfonds (IWF) am ehesten geeignet, diese Rolle zu übernehmen. Der 1944 gegründete Fonds verfügt über 185 Mitgliedsländer und damit nahezu universelle Mitgliedschaft. Aber der IMF ist aus mindestens vier Gründen nicht geeignet, rasch in eine neue wichtige Rolle hineinzuwachsen: Erstens wird der IWF von den USA und den Europäern dominiert. Zweitens hat der IWF in der Krisenprävention und der allgemeinen wirtschaftspolitischen Beratung bisher nicht immer überzeugt. Drittens war das Krisenmanagement des Fonds oft schlecht. Viertens ist der IWF deshalb in vielen Ländern nicht wohlgefallen.

Dennoch haben zahlreiche Beobachter in den letzten Wochen gefordert, dem Internationalen Währungsfonds eine neue, wichtigere Rolle zuzuweisen. Wenngleich es erfreulich ist, dass der internationalen Finanzpolitik größere Aufmerksamkeit zuteil wird, muss zugleich der Kontext dieser Diskussion berücksichtigt werden. Über Jahre hinweg haben OECD-Länder der Reform der

internationalen Finanzarchitektur keine große Bedeutung beigemessen. Da Finanzkrisen vorwiegend Entwicklungs- und Schwellenländer trafen, sah die Politik in Industrieländern keine hinreichende Veranlassung, sich über internationale Finanzpolitik, die Risiken von grenzüberschreitendem Kapitalverkehr oder die Institutionen von »global financial governance« Gedanken zu machen. Dies gilt auch für die Europäische Union und Deutschland. Aus Sicht einiger Entwicklungs- und Schwellenländer ist dieser neue Enthusiasmus der OECD-Länder im Hinblick auf die internationale Finanzpolitik überraschend.

Gerade bei der Diskussion zur Reform des IWF sind die historischen Erfahrungen von Entwicklungs- und Schwellenländern von Belang. Bevölkerung und Entscheidungsträger in Ländern wie Argentinien, Indonesien oder Südkorea haben nicht vergessen, welche unrühmliche Rolle der IWF bei der Bewältigung der dortigen Finanzkrisen spielte. In Argentinien etwa hat Präsidentin Kirchner den Wahlkampf des Jahres 2007 unter anderem mit einer (sehenswerten) Wahlkampagne gegen den IWF gewonnen. In Südkorea heißt die Asienkrise die IWF-Krise. Die Vorbehalte gegen den IWF sitzen tief.

Sichtbarer Ausdruck dieser Vorbehalte sind die gigantischen Devisenreserven, die Entwicklungs- und Schwellenländer in den vergangenen Jahren akkumuliert haben. Das vermutlich wichtigste, wenn auch nicht das einzige Motiv für den Aufbau dieser Reserven ist die Furcht, in einem erneuten Krisenfall wieder beim IWF vorstellig werden und dessen (zumindest in der Vergangenheit) umfangreiche Auflagenpolitik akzeptieren zu müssen.

Die Skepsis vieler Entwicklungs- und Schwellenländer gegenüber einer neuen, zentralen Rolle für den IWF kann vermutlich nicht kurzfristig, sondern nur über einen mittleren Zeitraum

hinweg überwunden werden. Voraussetzung hierfür wäre allerdings ein weitreichender Wandel der Institution sowie ein politisches Symbol, das den Willen zur Veränderung deutlich macht. Dies könnte der Umzug des IWF in ein Schwellenland oder die Besetzung des geschäftsführenden Direktors mit einer aus Asien stammenden Person sein. Bisläng ist es noch nicht gelungen, den Entwicklungs- und Schwellenländern deutlich zu machen, dass der IWF künftig eine Institution sein wird, die den Interessen dieser Länder dient.

Neben der Setzung von Symbolen sind aber weitere Schritte zur Verbesserung der Governance des IWF notwendig, wenn dieser eine zentrale Stellung einnehmen soll. Die Dominanz Europas und der USA ist kaum zu rechtfertigen. Die Kunden des IWF rekrutieren sich seit den 1970er Jahren kaum noch aus diesem Kreis, sieht man von den jüngsten Hilfsmaßnahmen für kleinere europäische Länder ab. Vielmehr haben diejenigen, die die Hilfe des Fonds in Anspruch nahmen, den geringsten Einfluss auf die Geschäftspolitik des Fonds.

Deshalb hat es in der jüngeren Vergangenheit Vorschläge gegeben, im IWF sogenannte doppelte Mehrheiten einzuführen. Während heute Stimmrechte gemäß des jeweiligen Beitrags zum Kapital des IWF vergeben werden, könnte künftig sowohl eine Mehrheit gemessen am Kapital als auch gemessen an der Zahl der Mitgliedsländer verpflichtend werden (vgl. Chowla 2007).<sup>1</sup> Fraglos kann man über die Art der Mehrheitsfindung diskutieren. Gleichwohl wird der IWF ohne eine strukturelle Stärkung der Stimme von Entwicklungs- und Schwellenländern keine zentrale

<sup>1</sup> Somit müssten mindestens 93 Mitgliedsländer ihre Zustimmung erteilen.

Rolle in einem neuen Regime von »global financial governance« einnehmen können.

Selbstredend wurden solche Vorschläge für eine grundlegende Reform der Stimmrechte in der Vergangenheit heftig kritisiert. Bundesbankpräsident Weber etwa warnte 2006 davor, voreilig Einfluss der europäischen Länder aufzugeben, und begründete dies mit der Größe der deutschen Volkswirtschaft.<sup>2</sup> Allerdings ist diese Begründung für die Verteilung von Stimmrechten in einer internationalen Organisation nicht überzeugend. Die Verteilung von Stimmrechten nach Wirtschaftskraft gab es hierzulande im Preußischen Dreiklassenwahlrecht von 1849, das Stimmrechte gestaffelt nach Steuerzahlung vorsah. In einer internationalen Organisation, die nach einer Stärkung ihrer politischen Akzeptanz strebt, ist die Verteilung von Stimmrechten gemäß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht hilfreich.

Dies gilt insbesondere dann, wenn der IWF zu einer zentralen, von allen Ländern akzeptierten Institution von »global financial governance« werden soll. Gegenwärtig haben allein die USA die Möglichkeit, durch Nichtzustimmung eine Maßnahme des IWF zu verhindern. Die Art der Entscheidungsfindung im IWF unterscheidet sich damit strukturell von anderen wichtigen Institutionen. In der Welthandelsorganisation etwa hat jedes Mitgliedsland die Möglichkeit, einen Beschluss zu verhindern. Zwar ist auch dieses Verfahren problematisch und bedarf einer Reform.<sup>3</sup> Dennoch zeigt die WTO, dass zur Steigerung der Legitimität einer supranationalen Organisation Entwicklungs- und Schwellen-

<sup>2</sup> Handelsblatt, 26. August 2006, S. 1, im Internet [http://www.handelsblatt.com/News/Politik/International/\\_pv/doc\\_page/1/\\_p/200051/\\_t/ft/\\_b/1127161/default.aspx/bundesbankpraesident-weber-mahnt-haerte-im-iwf-an.html](http://www.handelsblatt.com/News/Politik/International/_pv/doc_page/1/_p/200051/_t/ft/_b/1127161/default.aspx/bundesbankpraesident-weber-mahnt-haerte-im-iwf-an.html).

<sup>3</sup> Vgl. hierzu etwa die Vorschläge der »Warwick Commission on the Future of the Multilateral Trading System« zu sogenannten »critical mass«-Verfahren, im Internet unter <http://www2.warwick.ac.uk/research/warwickcommission/report>.

ländern weitreichende Einflussmöglichkeiten eingeräumt werden müssen.

Andere Beobachter haben argumentiert, dass ein zu hoher Einfluss von Entwicklungs- und Schwellenländern die Gefahr des Missbrauchs von IWF-Mitteln mit sich bringe (Eichengreen 2007: 168). Die Entscheidung über die Vergabe von Krediten sollte nicht von den Kreditnehmern getroffen werden. Aber auch dieses Argument überzeugt nicht. Der IWF ist keine Geschäftsbank, sondern eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Kommerzielle Überlegungen sollten hier nicht die Hauptrolle spielen. Wichtiger ist jedoch das zweite Argument. Die missbräuchliche Verwendung von IWF-Mitteln kann verhindert werden, wenn die Überlegungen des britischen Ökonomen Walter Bagehot aus dem 19. Jahrhundert berücksichtigt werden. Notfallkredite sollten großzügig, zu moderat erhöhten Zinsen und gegen gute Sicherheiten gewährt werden. Sind diese Bedingungen erfüllt, gibt es zunächst keinen Grund, einen Missbrauch von Liquiditätshilfen zu unterstellen.<sup>4</sup>

Argumente für eine Beibehaltung der starken Position Amerikas und der europäischen Länder ließen sich leichter finden, wenn diese Länder die Arbeit des IWF finanzieren würden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der damalige amerikanische Finanzminister Larry Summers hat in einem Vortrag im Jahr 1998 darauf hingewiesen, dass der IWF Amerika großen Nutzen bringt, ohne Kosten zu verursachen.

*»I would suggest to you that the IMF is absolutely essential to a successful new economic world as we enter the 21st century. [...] Let me be very*

<sup>4</sup> Allerdings wird in Entwicklungs- und Schwellenländern mit Aufmerksamkeit verfolgt, welches geringes Qualitätsniveau von Sicherheiten die Federal Reserve und die Europäische

*clear: given the case that I have just made, I would suggest to you that even if a substantial cost to our taxpayers was involved, it would be in America's national interest to support the IMF. But the reality is that there is no – repeat no – cost to American taxpayers whatsoever» (Summers 1998).*

Neben der Stimmrechtsverteilung und dem Einfluss von Entwicklungs- und Schwellenländern ist danach zu fragen, was den IWF für eine zentrale Rolle in der Weltwirtschaft künftig prädestinieren soll. Zu erwarten wäre vor allem, dass die Krisenprognose des Fonds treffsicherer wird. In der Vergangenheit ist dies dem Fonds regelmäßig nicht gelungen, ob in der Asienkrise oder im Vorfeld der heutigen Krise.

In Thailand habe es inoffizielle Ermahnungen des IWF gegeben, aber in den Publikationen des Fonds schlug sich dies nicht nieder. Im Jahresbericht 1997, der den Zeitraum bis Ende April 1997, das heißt gut zwei Monate vor Ausbruch der Krise am 2. Juli 1997, beschreibt, war der IWF optimistisch:

*»Die Direktoren lobten in den höchsten Tönen Thailands bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung und die von den Behörden beständig durchgehaltene solide Makropolitik. Sie erwähnten, daß die Finanz- und Geldpolitik als Reaktion auf die Vergrößerung des Leistungsbilanzdefizits und den Inflationsanstieg des Jahres 1995 gestrafft worden sei und daß dies bereits erste Erfolge zeitigte [...]«.<sup>5</sup>*

Anders als die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat der IWF auch die Risiken im amerikanischen Finanzsektor lange unterschätzt. Noch 2005 sah der Fonds keinen Anlass, die Entwicklungen in den USA zu kritisieren:

Zentralbank im Jahr 2008 akzeptiert haben. Ein Beispiel hierfür sind die Sicherheiten, die die Fed bei der Gewährung eines Kredits im Volumen von 29 Mrd. Dollar akzeptierte.

<sup>5</sup> Internationaler Währungsfonds, Jahresbericht 1997, Washington, D.C., S. 105.

»The robust housing market has caused financial regulators to tighten oversight of home equity and other residential loans. Notwithstanding strong house price increases in many regions [...] securitization of mortgage debt has limited systemic financial sector risks by allowing significant diversification of real estate exposures« (Article IV Consultation with the United States 2005, IMF Country Report 05/257).

Der Fonds hat also die Verbriefung von Kreditrisiken, die den Kern der heutigen Krise ausmachen, als *risikominimierend* bezeichnet. Vor diesem Hintergrund muss man fragen, warum der IWF künftig erfolgreicher sein sollte bei der Bewertung von Innovationen im Finanzsektor.

Es ist allerdings keineswegs so, dass alle Institutionen, die sich mit internationalen Finanzmärkten befassen, den Optimismus des IWF geteilt haben. Insbesondere die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wies schon früh auf Risiken hin, so etwa im Jahresbericht 1999, also noch vor dem Platzen der DOTCOM-Blase:

»There can be a darker side to the operation of a market economy, particularly when financial markets are highly liberalised and expectations are prone to recurrent levels of optimism and pessimism«.<sup>6</sup>

2003 wiederholte die BIZ ihre Warnungen:

»Es ist unbedingt zu hinterfragen, warum in den letzten Jahren die Instabilität im Finanzsektor gestiegen ist. Womöglich ist dies lediglich ein Nebeneffekt der Deregulierung und Liberalisierung der Finanzsysteme in vielen Ländern. Bei einer pessimistischeren Betrachtungsweise wäre ein solches reformiertes System zwar zu jedem gegebenen Zeitpunkt effizienter

<sup>6</sup> Bank for International Settlements, 69th Annual Report, Basel 1999, S. 150.

*in der Ressourcenallokation, jedoch im Zeitverlauf stärker prozyklisch und krisenanfälliger».<sup>7</sup>*

Auch im Hinblick auf die Verbriefung von Kreditrisiken hat die BIZ gewarnt, viel früher als der IWF und nationale Aufseher, die die Verbriefung von Risiken oft ausdrücklich begrüßten. Die BIZ hingegen zeigte sich wegen der Übertragung von Kreditrisiken schon 2003 besorgt:

*»Ein besonderes Problem ist ihre mangelnde Transparenz in Bezug auf die letztendliche Verteilung von Kreditrisiken, sodass einige Marktteilnehmer womöglich mehr Risiken übernehmen, als anderen Marktteilnehmern oder den Finanzbehörden bewusst ist«.<sup>8</sup>*

Mit anderen Worten: Anders als der IWF hat die BIZ Risiken früh erkannt und dies auch in ihren Jahresberichten und anderen Veröffentlichungen zugänglich gemacht. Die oben zitierten Warnungen der BIZ machen auch deutlich, dass man sich von der Erhöhung der Transparenz der Finanzmärkte nicht allzu viel versprechen sollte. Die wesentlichen Risiken – starker Anstieg der Hauspreise, zu geringe Ersparnis in den USA, Weitergabe von Kreditrisiken an überforderte Gläubiger – waren rechtzeitig bekannt.

## **1.2 Die Bedeutung des IWF in der aktuellen Krise**

Im Zuge der aktuellen Krise hat der IWF Kredite an eine Reihe von Ländern vergeben. Zugleich ist zu beobachten, dass sowohl neue Kreditgeber auftauchen als auch die Rolle regionaler finanzpolitischer Zusammenarbeit stark gewachsen ist. In Europa hat

<sup>7</sup> Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 73. Jahresbericht, Basel 2003, S. 168.

die Europäische Zentralbank nicht nur private Banken, sondern auch Länder außerhalb der Eurozone mit Liquidität unterstützt. Ungarn und Dänemark bekamen Kredite im Umfang von fünf bzw. zwölf Mrd. Euro. Noch sehr viel mehr hat die amerikanische Zentralbank mobilisiert. Im Oktober 2008 vergab die Federal Reserve Mittel von je 30 Mrd. Dollar an Mexiko, Brasilien, Singapur und Südkorea.<sup>9</sup> Das Gesamtvolumen dieser Kredite ist damit höher als die Gesamtsumme der in der Asienkrise von IWF, Weltbank und bilateralen Gebern bereitgestellten Mittel, die sich auf 110 Mrd. Dollar belief. Der IWF selbst vergab in der Asienkrise die aus heutiger Sicht bescheiden erscheinende Summe von 34 Mrd. Dollar.

Darüber hinaus ist der Fonds damit konfrontiert, dass die nationalen Währungsreserven der Mitgliedsländer ein extrem hohes Niveau haben. Diese Mittel, in der Regel die erste Verteidigungslinie im Krisenfall, haben heute das bemerkenswerte Volumen von 6.000 Mrd. Dollar erreicht. Im Ergebnis hat der IWF heute nur noch die schwächsten Ökonomien der Weltwirtschaft als Kundschaft. Weder die großen Industrieländer noch die leistungsfähigen und mit hohen Reserven ausgestatteten Schwellenländer sind heute auf den Fonds angewiesen.

### 1.3 Ungleichgewichte und deren Beseitigung

Selbstverständlich wäre die heutige Krise weniger dramatisch ausgefallen, hätten Gläubigerländer wie China und Deutschland nicht Kapital in großem Ausmaß in die USA exportiert. Die USA

<sup>8</sup> Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 73. Jahresbericht, Basel 2003, S. 155.

<sup>9</sup> Die Mittel wurden als Swap (Landeswährung gegen Dollar) vergeben.

Vgl. die Pressemitteilung der Fed, im Internet

<http://www.federalreserve.gov/newsevents/press/monetary/20081029b.htm>.

haben sich, wie es ein chinesischer Beobachter ausdrückte, »in einem See asiatischer Liquidität selbst ertränkt«.

In diesem Zusammenhang wurden in den vergangenen Jahren in den USA und anderen Kapitalimportländern Vermutungen geäußert, die Verursacher der Kapitalimporte säßen im Ausland. Beispielsweise sprach der heutige Vorsitzende der amerikanischen Notenbank, Ben Bernanke, im Jahr 2005 von einer Ersparnisschwemme (savings glut) im Ausland. Ursächlich für die hohen Kapitalimporte der USA wären demnach diejenigen Volkswirtschaften, deren Leistungsbilanz Überschüsse aufweisen und die Kapital exportieren.<sup>10</sup> Allerdings werden Ursache und Wirkung vertauscht.

Verantwortlich für den hohen Kapitalbedarf der USA sind vor allem die von der amerikanischen Regierung zu vertretenden wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Amerika. Für die Vergabe von Krediten an Bürger, die weder über nennenswertes Einkommen noch über andere Vermögenswerte verfügten, waren keineswegs die Chinesen, sondern die USA verantwortlich.

Auch wenn man die Zahlungsbilanz nicht von der Güterseite, sondern von der Kapitalbilanz her betrachtet, bleibt unklar, welchen Beitrag das Ausland geleistet haben soll: Die extrem niedrige Sparquote der Amerikaner verlangt den Import von Kapital zum Ausgleich der Zahlungsbilanz. Dies zu ändern ist ausschließlich Aufgabe der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Allerdings gibt es in den USA eine lange Tradition, für die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie das Aus-

<sup>10</sup> Mit den Worten von Bernanke: »To be more specific, I will argue that over the past decade a combination of diverse forces has created a significant increase in the global supply of saving – a global saving glut – which helps to explain both the increase in the U.S. current account deficit and the relatively low level of long-term real interest rates in

land verantwortlich zu machen. In den 1980er Jahren traf dieser Vorwurf vor allem Japan, heute ist es China, dem hohe Überschüsse im bilateralen Handel angekreidet werden.

Gleichwohl wird in der Diskussion zur Reform der internationalen Finanzarchitektur die Frage erörtert werden müssen, wie künftig mit Kapitalexporturen umzugehen sein wird. Nahezu allen Finanzkrisen der jüngeren Vergangenheit, ob in den USA, in Argentinien oder in Thailand, gingen hohe Kapitalimporte voraus. Auch die Issing-Kommission hat die Bedeutung von Ungleichgewichten betont.

Fraglos tragen Kapitalexporteure eine Mitverantwortung für die Entstehung dieser Ungleichgewichte. Zu fragen ist, welche Form der Sanktion denkbar wäre. Eine Möglichkeit wäre, Überschussländer zur Beseitigung der eigenen Überschüsse zu verpflichten. John Maynard Keynes hatte dies in der Konferenz von Bretton Woods vorgeschlagen, konnte sich mit diesem Vorschlag aber nicht gegen die USA durchsetzen, die damals das größte Überschussland der Welt waren. Eine zweite Möglichkeit wäre, Volkswirtschaften mit anhaltenden Kapitalexporten zu verpflichten, einen Teil der erwirtschafteten Überschüsse in einen Fonds einzubringen. Dieser Fonds würde dann zur Bekämpfung von akuten Liquiditätskrisen zur Verfügung stehen. Drittens könnte, wie Keynes dies immer wieder angeregt hat, der internationale Kapitalverkehr beschränkt werden, um die ansteckende Wirkung von Finanzkrisen schon im Ansatz zu bekämpfen. Eine vierte Option wäre, erneut über die Möglichkeit der Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer nachzudenken. Bisher hat man diese Diskussion vornehmlich in Hinblick auf die Stabilisierung von Wechselkursen geführt. Vor dem Hintergrund der heutigen Krise

the world today«, Vortrag am 10. März 2005, im Internet unter <http://www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/200503102/>.

könnte eine Besteuerung von grenzüberschreitendem Kapitalverkehr aber auch als ein Instrument zur stärkeren Trennung der jeweiligen nationalen Finanzmärkte genutzt werden.

Zudem sollte bedacht werden, dass die Schwere der heutigen Krise wesentlich auf die weltweite Ausbreitung (contagion) der von Amerika ausgehenden Krise zurückzuführen ist. Die Weltwirtschaft wird im Jahr 2009 auch deshalb kaum wachsen, weil über die grenzüberschreitende Mobilität von Kapital sämtliche wichtigen Ökonomien – afrikanische Länder sind von der Krise nicht unmittelbar betroffen – miteinander vernetzt sind. Anders gesagt: Hätten sich europäische Kreditinstitute nicht in großem Stil in den USA engagiert, wäre Europa vermutlich nicht in eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise geraten. Bei Entkoppelung eines oder mehrerer Wirtschaftszentren von der Krise eines anderen wäre eine stetigere Entwicklung der Weltwirtschaft zu erreichen.

Allerdings lassen die Erfahrungen der letzten Jahre zweifeln, ob es zu weitreichenden Reformen kommen wird. Bislang haben die Befürworter unregulierter Finanzmärkte stets die Oberhand behalten. Nur wenige Länder, zum Beispiel China, beschränken heute noch den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr. Von den USA werden kaum Maßnahmen zur Reduzierung des internationalen Kapitalverkehrs zu erwarten sein, weil die USA ohne die stete Zufuhr ausländischen Kapitals in eine noch tiefere Krise geraten würden. Allein die in den letzten Wochen beschlossenen Erhöhungen der Staatsausgaben machen eine ungehinderte Zufuhr von ausländischem Kapital nötiger denn je.

Literatur:

Chowla, Peter (2007): Double majority decision making at the IMF, in: The Bretton Woods Project, At Issue, Oktober 2007, im Internet zugänglich unter <http://www.brettonwoodsproject.org/doc/wbimfgov/implementingDM.pdf>.

Dieter, Heribert; Silva-Garbade, Caroline (2004): Das Ende des Höhenflugs? Krisenpotentiale in der amerikanischen Ökonomie und Konsequenzen für die Weltwirtschaft. SWP-Studie 49/Dezember 2004, 31 Seiten.

Dieter, Heribert (2005): Die Zukunft der Globalisierung. Zwischen Krise und Neugestaltung, Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Eichengreen, Barry (2007): A Blueprint for IMF Reform: More than just a lender, in: International Finance, Vol. 10, No. 2, pp. 153–175.

Summers, Larry (1998): Remarks before the Foreign Policy Association, 15.2.1998, im Internet zugänglich unter <http://www.ustreas.gov/press/releases/rr2257.htm>.